

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Aus den Gemeinden.

Linz.

Jüdische Kultusgemeinde Linz. Vorstandssitzung am 6. Dezember 1920.

Die in der Minoritätserklärung der Zion. Fraktion angekündigte Forderung nach der Gleichstellung der Kultusgemeinde-Beamten mit den Staatsbeamten bildete den wesentlichsten Teil der Beratungen. Wenn nicht alle Vorschläge dieser Minoritätsgruppe angenommen wurden, war es der Beeinflussung des Plenums durch die Kanzelredner zu danken, welche sich aus Gründen, deren Stichhaltigkeit wiederholt bestritten wurde, gegen eine Dienstpragmatik aussprachen. Die Herren der Majorität glaubten dem Muster der Zionisten, die zur Unterstützung ihrer Anträge eine geschlossene Abstimmung vorführten, dadurch Rechnung tragen zu müssen, daß sie ebenso geschlossen dagegen stimmten, wengleich sich auch einzelne vernunftsmäßig für die Argumentation der Antragsteller entschieden hatten. So ist das Plenum zur primitivsten Abstimmungsmaschine geworden.

In der Budgetdebatte trat der bedauerliche Zustand zutage, daß man sich noch immer nicht von der Abhängigkeit von steuerkräftigen Mitgliedern freigemacht hatte, deren befürchteter Austritt aus dem Gemeindeverbande im Falle einer erhöhten Steuervorschreibung Grund genug war, um wichtige Neuerungen sozialer und kultureller Natur aus finanziellen Rücksichten nicht in Angriff zu nehmen.

Die ansonsten nicht unbeachtete sozialistische Gesinnung einzelner mußte in den Debatten — z. B.: Krankenversicherung der Gemeindebeamten, Gleichstellung derselben mit den Beamten des Staates — ganz vermißt werden.

Nachstehend der Sitzungsbericht: Präsident Schwager konstatiert die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder.

1. Einlauf: Die zion. Ortsgruppe Linz übermittelt den Dank ihrer Generalversammlung für die Überlassung von Lokalitäten. Adolf Pick beantragt schriftlich Maßnahmen zur Hebung des Tempelbesuches. In das Komitee werden Orlik, Pick, Töpfer gewählt. Max Tandler referiert in Angelegenheit der im Besitze der Kultusgemeinde befindlichen Krieganleihe.

2. Budget für 1921: Taussig führt als Obmann der Finanzsektion aus, daß der Aufstellung des Budgets noch nie solche Schwierigkeiten entgegengestanden sind wie heuer; das Budget hat sich von 65.000 K auf eine Viertelmillion Kronen erhöht. Taussig bittet, das Budget ohne Debatte anzunehmen. Dr. Morgenstern verlangt die Abführung einer Generaldebatte, bevor auf die Details eingegangen wird. Nachdem dieser Antrag mit den Stimmen der Zionisten nicht die Mehrheit findet, verlangt Dr. Morgenstern auf Grund des § 69 der Statuten, wonach das Präliminare 14 Tage vor Beschlussfassung zu veröffentlichen ist, die Rückverweisung des Budgets an die Finanzsektion; die Gleichstellung der Kultusgemeindebeamten mit den Staatsbeamten bilde eine wichtige Forderung der Zionisten und hätte die Finanzsektion hierüber erschöpfenden Bericht zu erstatten. Dr. Menzel setzt sich für die Einreihung der Beamten in die staatlichen Rangsklassen warm ein, weist auf die materielle Lage der Gemeindeglieder hin und verlangt, daß

auf eventuelle Drohungen mit dem Austritte keine Rücksicht genommen werde. Er beantragt, daß den Beamten alle Zuschläge, außerordentlichen Zuwendungen automatisch zukommen, wie sie künftighin den Staatsbeamten zukommen; dafür sind alle Taxen und Stolagebühren für die Gemeinde einzuziehen. Er begründet dies mit der Sicherung eines geregelten Einkommens der Beamten, das sie von allen privaten Unterstützungen unabhängig machen muß. Dr. Menzel beantragt hierüber die namentliche Abstimmung. Albrecht weist auf die angekündigte Opposition der Zionisten hin, die sie schon jetzt markieren wollen. Er spricht sich gegen die Einführung der Rangsklassen aus und wirft den Zionisten vor, daß sie sich beamtenfreundlich gebärden und die Majorität als beamtenfeindlich hinstellen; Redner bringt die Maßnahmen in Erinnerung, die in früherer Zeit aus eigener Initiative zur Verbesserung der Verhältnisse der Beamten getroffen wurden. Er meint, daß die Zionisten als kapitalsschwächere Gruppe es leicht haben, finanzielle Forderungen an die Gemeinde zu richten. Dr. Menzel legt Verwahrung ein, daß man die ehrliche Absicht der Zionisten, die Beamtenverhältnisse zu sanieren, als Demagogie auslegt und daß in einer demokratischen Korporation diejenigen das Recht haben, die kapitalkräftiger sind. Dr. Morgenstern verlangt, daß man die Beamten auch aus dem Grunde befriedigen müsse, weil man von ihnen ganze Arbeit wird verlangen müssen. Doktor Schneeweiß vergleicht die Verhältnisse des Staates mit denen der Gemeinden. Taussig weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß man auf kein Mitglied verzichten könne und den Frieden in der Gemeinde wünsche. Die namentliche Abstimmung findet nur die Unterstützung der Zionisten.

Bei den einzelnen Posten des Budgets verlangt Dr. Menzel die Einreihung der Gemeindebeamten in die öffentliche Krankenversicherung. Dr. Bloch spricht sich dagegen aus, weil es dem Wunsche der Beamten nicht entsprechen würde, und findet es als „Deklassierung“, die Gemeindebeamten in die „Allg. Arbeiterunfallversicherung“ aufzunehmen. (Zwischenruf Albrecht: Goldkragen und Arbeiterkrankenkasse!) Es wird beschlossen, diese Frage nach Anhörung der Wünsche der Beamtenschaft zu erledigen. Den Budgetposten des Minjandienstes beantragt Sonn zu streichen, mit der Begründung, daß das Bedürfnis nach dem Gottesdienste nicht vorhanden sein könne, wenn sich in der Gemeinde nicht zehn Leute zum Besuch finden; ein Zwang durch Bezahlung komme einer Profanierung gleich. Der Antrag wird mit den Stimmen der Zionisten abgelehnt. Dr. Menzel beantragt die Einstellung von 4000 K für die Honorierung der Lehrer für zwei nicht obligate Religionsstunden; nachdem der diesjährige Lehrplan schon genehmigt ist, wird der Antrag zurückgezogen. Der Antrag Dr. Menzel, 3000 K zur Anschaffung von Lehrbehelfen zu bewilligen, findet Annahme. Dem jüd. Wanderbunde „Blau-Weiß“ werden 1000 K, dem Turn- und Sportverein 1500 K als Subvention bewilligt. Über Antrag Weiß wird die Post für Unvorhergesehenes von 10.000 K auf 30.000 K erhöht. Nach Genehmigung der Bedeckungen wird das durch Steuern zu deckende Erfordernis mit **244.728 K 82 h** festgesetzt.

In die Steuerkommission werden gewählt: Albrecht, Adolf Pick, Max Sonn, Adler, Richard Kafka, Walter Klein, Ing. Seligmann.

Über Antrag Schwagers wird beschlossen, an die Mitglieder einen Aufruf zu erlassen, in welchem auf die großen Erfordernisse der Gemeinde hingewiesen wird und